

Generalsynode VELK, Güstrow

17. Juni 1983

Information Nr. 227/83 über die 5. ordentliche Tagung der III. Generalsynode der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche VELK) in der DDR vom 8. bis 11. Juni 1983 in Güstrow

Quelle

BStU, MfS, ZAIG 3336, Bl. 42–46 (8. Expl.).

Serie

Informationen.

Verteiler

Honecker, Verner, Bellmann, Gysi – MfS: Mittag, Leiter HA XX, Schorm (ZAIG), Ablage.

Anlage

Bericht von Bischof Werner Leich.

Die 5. ordentliche Tagung der III. Generalsynode der VELK in der DDR fand in der Winterkirche in Güstrow statt.

An ihr nahmen 31 der 34 gewählten und berufenen Synodalen (einschließlich des dreiköpfigen Bischofkonvents) teil.

Als ausländische ökumenische Gäste wurden auf der Synodaltagung begrüßt:

- Präsident Dr. *Blendinger*, Ludwig¹ – Nennslingen (BRD), Synode der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands (VELKD)/
- Oberkirchenrat D. D. *Schmale*, Karlheinz² – Hermannsburg (BRD), Mitglied des Lutherischen, Kirchenamtes der VELKD/Hannover (BRD)
- *Hoerschelmann*, Sieghilde³ – Kiel (BRD), Vereinigte Evangelisch-Lutherische Kirche Deutschlands (VELKD)/BRD
- Rektor *Dräger*, Hans-Rolf,⁴ Präsident der Landessynode der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Schleswig-Holstein/Kiel (BRD)
- Bischof *Knall*⁵ – Wien (Österreich), Evangelische Kirche Augsburgischen Bekenntnisses in Österreich
- Distriktualbischof *Kostial*, Rudolf⁶ – Zvolen (ČSSR) Slowakische Evangelische Kirche Augsburgischen Bekenntnisses in der ČSSR.

(Die Einreise der ausländischen ökumenischen Gäste erfolgte mit Zustimmung der Dienststelle des Staatssekretärs für Kirchenfragen.)

Die von Präsident Dr. *Blendinger*/BRD, Präsident *Dräger*/BRD, Bischof *Knall*/Österreich und Distriktualbischof *Kostial*/ČSSR gehaltenen Grußworte an die Generalsynode trugen rein theologischen Charakter.

Als Vertreter von Massenmedien in der DDR nahmen an der Synodaltagung sieben DDR-Journalisten (ADN, »Neue Zeit«/Zentralorgan der CDU, »Demokrat«/Bezirksorgan der CDU Rostock, ena, »Sonntag«/Kirchenzeitung der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Sachsens, »Glaube und Heimat«/Kirchenzeitung der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Thüringen, »Mecklenburger Kirchenzeitung«/Kirchenzeitung der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Mecklenburgs) teil.

Als einziger BRD-Korrespondent war *Röder*, Hans-Jürgen⁷ (epd) auf der III. Generalsynode der VELK in der DDR anwesend. (Seitens des MfAA erfolgte die Zustimmung zur Berichterstattung des *Röder* über die Synodaltagung.)

Internen Hinweisen zufolge erschien am 10. Juni 1983 der ARD-Korrespondent *Jennerjahn*⁸ im Synodalbüro und ließ sich die Synodalmaterialien aushändigen.

Im Mittelpunkt der 5. Tagung der III. Generalsynode standen:

- Tätigkeitsbericht der Kirchenleitung der VELK in der DDR;
- Arbeitsbericht des Nationalkomitees des Lutherischen Weltbundes⁹ in der DDR;
- Bericht des Leitenden Bischofs der VELK in der DDR, Landesbischof *Leich*¹⁰/Eisenach;
- Diskussion über die o. g. Berichte im Plenum;
- weitere innerkirchliche und theologische Problemkreise (Pfarrerdienstgesetz,¹¹ Katechismusrevision, Haushaltsplan etc.).

Während der Tätigkeitsbericht der Kirchenleitung der VELK in der DDR sowie der Arbeitsbericht des Nationalkomitees des Lutherischen Weltbundes in der DDR rein innerkirchlichen und verwaltungsorganisatorischen Charakter trugen, bezog sich der leitende Bischof der VELK, Landesbischof *Leich*/Eisenach, in seinem Bericht in längeren Passagen auf die besondere Verantwortung der Kirchen für die Erhaltung des Friedens unter den Völkern.

Leich hob in diesem Zusammenhang besonders das Gespräch zwischen dem Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, Genossen Erich *Honecker*,¹² und dem Vorsitzenden der SPD-Bundestagsfraktion, *Vogel*,¹³ am 29. Mai 1983 hervor.¹⁴

Mit diesem Gespräch – erklärte Bischof *Leich* – habe die Regierung der DDR ihren Willen bekundet, die Gefahr einer atomaren Katastrophe im Miteinander und auf der Grundlage des Prinzips der gemeinsamen Sicherheit abzuwenden.

In Anlehnung an das »Wort vom Kirchentag in Erfurt zur Friedensfrage«¹⁵ wandte sich Landesbischof *Leich* gegen die Herstellung, »Bereitstellung« und den Einsatz von Massenvernichtungsmitteln.

Gleichzeitig betonte jedoch Landesbischof *Leich* in seinem Bericht, dass es im innenpolitischen Bereich darauf ankomme, Feindbilder abzubauen und auf »Schwarz-Weiß-Kontraste« zu verzichten.

Er forderte den Staat auf, mehr »Verständnis für junge Menschen aufzubringen, um sie nicht durch harte Gegenmaßnahmen in die Konfrontation zu treiben oder darin zu bestärken.«¹⁶ *Leich* erklärte, dass sich im Einsatz für den Frieden nach außen und nach innen die »wirkliche Stärke und Dauerhaftigkeit eines Staates« demonstriere. Die Kirche stehe hinter der Gewissensentscheidung jedes Menschen, gleich ob Mitglied der Kirche oder nicht.

In der gegenwärtigen Situation könne man sich aber keine Konfrontation zwischen Staat und den Personenkreisen, die mit »moralischer Kraft auf verschiedene Weise für den Frieden eintreten«, leisten.

Als Anlage wird der Wortlaut des Teils II des Berichtes von Bischof *Leich* beigefügt.

Im Zusammenhang mit dem Bericht des Landesbischofs *Leich*/Eisenach wurde intern die Meinung von Landesbischof Dr. *Hempel*¹⁷/Dresden bekannt, wonach zum gegenwärtigen Zeitpunkt »keine weitergehenden politischen Aussagen« im Bericht des leitenden Bischofs getroffen werden könnten. Bischof *Hempel* hob hervor, die evangelischen Kirchen in der DDR erhielten verstärkte Vorwürfe aus der BRD, sich nicht durch politische Aussagen in Angelegenheiten der BRD einzumischen; stattdessen sollte sich jede Kirche gegenüber der eigenen Regierung artikulieren.

In der Plenardebatte über die Berichte der Kirchenleitung, des Nationalkomitees sowie des Leitenden Bischofs wurden keine politisch bedeutsamen Aussagen getroffen.

Im weiteren Verlauf der Synodaltagung stand die Erörterung der innerkirchlichen und theologischen Vorlagen (Haushaltsplan, Pfarrerdienstgesetz, Katechismusrevision usw.) zur Diskussion.

Im Ergebnis der Synodaltagung wurde durch die Synode eine Stellungnahme zum Bericht des Leitenden Bischofs verabschiedet, in der die Aussagen des Landesbischofs *Leich*/Eisenach zur Friedensproblematik zustimmend zur Kenntnis genommen wurden.

Die Information ist wegen Quellengefährdung nur zur persönlichen Kenntnisnahme bestimmt.

Anlage zur Information Nr. 227/83

Bericht des amtierenden Leitenden Bischofs Dr. Leich

Auszug aus der 5. Tagung der III. Generalsynode 8. bis 11. Juni 1983 in Güstrow

¹II. Die besondere Verantwortung der Kirche für die Erhaltung des Friedens unter den Völkern

Es gibt heute eine weitgehende Übereinstimmung unter den Machtblöcken unter unterschiedlichen politischen und gesellschaftlichen Systemen und unter Menschen mit unterschiedlicher Zielstellung in ihrem besonderen Eintreten für den Frieden. Die Übereinstimmungen lassen sich in drei Aussagen zusammenfassen:

- a) Ein Krieg mit nuklearen Waffen kann nicht zur Lösung politischer Konflikte führen. Es wird weder Sieger noch Besiegte geben. Er wird unter maßlosen Leiden der gesamten Menschheit die gesamte Erde vernichten. Da jeder Krieg zwischen nuklear gerüsteten Mächten mit höchster Wahrscheinlichkeit zur nuklearen Auseinandersetzung führen wird, ist Krieg als Mittel politischer Auseinandersetzung sinnlos geworden.
- b) Auch ohne eingesetzt zu werden, sind die nuklearen Waffenarsenale eine tödliche Bedrohung der Welt. Aufgrund der Möglichkeit menschlichen Versagens oder des technischen Versagens von Warnsystemen kann eine nukleare Auseinandersetzung zu jeder Zeit ausgelöst werden, solange einsatzfähige Nuklearwaffen auf der Erde stationiert sind.
- c) Auch ohne eingesetzt zu werden, sind die nuklearen Waffenarsenale eine tödliche Bedrohung der Welt. Sie verhindern die Lösung weltweiter Aufgaben, die nur in der Gemeinsamkeit aller Staaten erreichbar ist. Diese Aufgaben sind: die gerechtere Verteilung der Nahrungsmittel der Erde und die Überwindung der Hungersnot in der dritten Welt. An dem Versagen der reichen Völker gegenüber dieser Aufgabe sterben heute schon täglich tausende von Menschen.

Die andere Aufgabe besteht in der Stabilisierung und Bewahrung der natürlichen Lebensgrundlagen der Erde. Die Aufgabe steht unter Terminzwang. Jede Verzögerung kann die Möglichkeit einer Lösung endgültig infrage stellen.

Die Konsequenz aus diesem allgemein anerkannten Tatbestand kann nur schnelle Abrüstung und Gewaltverzicht sein. Auch diese Konsequenz gehört zum Allgemeingut der Einsicht.

Die lebensbedrohenden Differenzen liegen in der Frage, wie gemeinsame Einsichten aufgrund der Situationsanalyse politisch verwirklicht werden können. Nicht die Einsicht als solche, sondern nur deren politische Verwirklichung bannt die tödliche Gefahr.

Die politische Verwirklichung wiederum lässt sich nur innerhalb der politischen Realität durchsetzen, und diese ist durch zwei Tatbestände gekennzeichnet:

a) In unserer Welt stehen sich zwei Machtblöcke gegenüber, die sich wechselseitig – ob zu Recht oder Unrecht ist für die reale Situation unerheblich – bedroht fühlen und sich daher für ihre Sicherheit an die eigene militärische Macht klammern, die keineswegs von dem anderen überboten werden darf.

b) Das dadurch gesuchte sogenannte Gleichgewicht der Kräfte hat zwar in Europa zu einer 38jährigen Friedensperiode geführt, kann aber nicht beliebig lange fortgesetzt werden. Denn es ist ein Gleichgewicht mit zunehmenden Gewichten auf beiden Waagschalen. Es führt in die Rüstungsspirale nach oben. Dadurch wird das in der Situationsanalyse doppelt geschilderte Risiko zu einer Höhe getrieben, die die Vernichtung der Erde mit höchster Wahrscheinlichkeit zur Folge haben muss.

Auch die politische Realität kann nur zur Konsequenz schneller Abrüstung und überzeugenden Gewaltverzichtes führen. Die Durchsetzung dieser Konsequenz in politischen Verträgen, die zur Praxis der Abrüstung führen, hängt an der Voraussetzung der Überwindung der wechselseitigen Bedrohungsangst zwischen den Machtblöcken. Alle Maßnahmen, die z. B. die Konferenz »Leben und Frieden« in ihrer Botschaft von Uppsala am 23. April dieses Jahres überzeugend gefordert hat, hängen auch nach Einsicht der Konferenz an der Voraussetzung der Überwindung des Bedrohtseins.

»Gemeinsame Sicherheit. Die Sicherheit eines Volkes kann nicht erreicht werden durch Gefährdung der Sicherheit anderer oder dadurch, dass man militärische Überlegenheit über andere anzustreben sucht. Nur eine gemeinsame Sicherheit lässt jeden einzelnen und alle anderen sicher gehen. Die Entwicklung eines alternativen internationalen Sicherheitssystems, das auf dem Prinzip der gemeinsamen Sicherheit gründet, und entschiedene Schritte zu einer Abrüstung sollten Hand in Hand gehen.«

Auch die Berichterstattung über das Gespräch zwischen dem Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, Erich Honecker, und dem Oppositionsführer im Bundestag der BRD am 29.5.1983 geht von dieser Erkenntnis aus.

»Die Gesprächspartner bekräftigen, dass die beiden deutschen Staaten aufgrund ihrer geographischen Lage und der Geschichte für die Sicherung des Friedens in Europa eine besondere Verantwortung tragen. Daraus folge, dass gerade die Bundesrepublik und die Deutsche Demokratische Republik dazu beitragen müssten, den Rüstungswettlauf zum Stehen zu bringen und die Gefahr eines atomaren Holocausts abzuwenden. Diese Gefahr könne nur miteinander, nicht gegeneinander überwunden werden.«

Es ist gut zu wissen, dass die Regierung des eigenen Staates den beschriebenen Standpunkt vertritt. Dennoch ist mit solchen hoffnungsvollen Feststellungen die Frage der politischen Verwirklichung, noch nicht gelöst.

An dieser Stelle muss ein wesentlicher Hintergrund der von Martin Luther ¹⁸ z. B. in der Schrift »Von weltlicher Obrigkeit« ¹⁹ (1523) entwickelten Lehre von den beiden Regimenten in der Hand des einen Gottes, dem weltlichen Regiment zur Erhaltung von Recht und Ordnung auf der Erde und dem geistlichen Regiment zur Vermittlung des ewigen Heils angesprochen werden. Martin Luther unterscheidet nicht nur Herrschaftsbereiche, in die Gott hineinregiert. Er sieht in den Herrschaftsbereichen auch Kriegsschauplätze, auf denen Gott mit verschiedenen Mitteln gegen den Widersacher kämpft. Ich erinnere an das Zitat aus dem Großen Katechismus, in dem Martin Luther das Werk des Widersachers innerhalb beider Regimenter anspricht. Das bedeutet aber, dass auch im Bereich des Politischen die Macht gesehen werden muss, die nichts als Zerstörung will. Christen können dies nicht übersehen. Sie haben eine Antwort auf die Frage: Warum bereiten die Völker den furchtbarsten Krieg vor, obwohl sich alle Menschen nach Frieden sehnen?

Der Widersacher, der Zerstörer und Verführer ist am Werk. Diese Antwort darf nur mit dem Ziel ausgesprochen werden, umso entschlossener die von Gott gegebenen Waffen, den Namen Jesu Christi und das Gebet einzusetzen. Mit unserem Gebet für den Frieden im Namen Jesu Christi bitten wir nicht nur um das Lenken der Herzen aller Verantwortlichen auf den Wegen des Friedens, wir stehen mit diesem Gebet auch im aktiven Kampf gegen die alles bedrohende lebenszerstörende widergöttliche Macht.

Die Lehre von den beiden Regimenten steht auch auf dem nüchternen Hintergrundwissen, dass die neue Schöpfung nur unter der Voraussetzung der Erneuerung des Menschen selbst als Gottes Tag geschaffen wird. Auf dieser Erde bleibt die Versuchungs- und Kampfsituation. Aber sie steht unter der Möglichkeit des Menschen, mit den Mitteln seiner an das Gewissen gebundenen Vernunft gegen den Widersacher anzugehen und politisch wirksam zum Wohl der Menschen zu handeln. Diese nüchterne Einsicht befreit uns von Vorstellungen, die das Reich Gottes oder das Paradies auf Erden herbeizwingen wollen und dabei die keinen Schritte und das Glück des einzelnen Menschen übersehen.

In dieser Nüchternheit können wir das von uns in der Bindung des Gewissens an Gottes Wort Erkannte denen gegenüber aussprechen, die in unserem Staat politische Verantwortung innehaben. Solches Aussprechen geschieht auf der Grundlage des beständigen Gebetes für die Erhaltung des Friedens, das auch die politisch Verantwortlichen in unserem Staat mit einschließt. Dadurch sind unsere Worte vor dem Missverständnis der Besserwisseri bewährt und als Versuch des Mitragens und der Ermutigung gezeichnet.

Dies werden wir konkret in den Bereich der politischen Aufgabe der Friedenssicherung hineinsagen müssen:

»Die Herstellung, Bereitstellung und der Einsatz von Massenvernichtungswaffen ist gegen Gottes Wort und Gebot« (Wort vom Kirchentag in Erfurt).

Daraus ergeben sich konkrete Aufgaben:

a) Das Gespräch mit dem vermeintlichen Gegner darf nicht abgebrochen werden. Solange gesprochen wird, besteht die Möglichkeit, Misstrauen abzubauen und konkrete Verträge über Abrüstung und Verzicht auf Gewaltanwendung zur Erreichung politischer Ziele zu fördern und abzuschließen.

b) Dieses Ziel, Misstrauen abzubauen, kann nur erreicht werden, wenn auch im innenpolitischen Bereich Feindbilder abgebaut werden und auf Schwarz-Weiß-Kontraste verzichtet wird. Friedenserziehung und Friedenskunde sind nötig. Der Friede der Welt hängt mit der Friedfertigkeit des Einzelnen zusammen. Aus diesem Zusammenhang erklärt sich die Unruhe unter jungen Menschen gegenüber der Zukunft ihres Lebens. Ein Staat, der wie der unsere konsequent für den Frieden eintreten will, muss für junge Menschen Verständnis aufbringen und darf sie nicht durch harte Gegenmaßnahmen in die Konfrontation treiben oder darin bestärken. Als Kirche stehen wird hinter der Gewissensentscheidung des Einzelnen, ob sie Glieder der Kirche sind oder nicht. Wir treten dafür ein, dass dem Wehrdienstverweigerer Achtung widerfährt, dass der Bausoldat die gleichen Berufschancen behält wie der waffentragende Soldat und dass der Soldat in den Einheiten der Volksarmee seinen Glauben an Jesus Christus nicht zu verleugnen genötigt wird. Dies alles erscheint uns möglich, weil das Ziel, Menschen zum Frieden fähig zu machen, nicht mit der Absicht verwechselt werden kann, unseren Staat zu schwächen. In dem Einsatz für den Frieden nach außen und nach innen zeigt sich die wirkliche Stärke und Dauerhaftigkeit eines Staates.

In einer Situation, die alle Menschen bedroht, können wir uns keine Konfrontation zwischen der moralischen Kraft derer, die auf verschiedene Weise für den Frieden eintreten und der Verwalter politischer Verantwortung und Macht leisten. Die Abschlusssatzung aus dem Wort vom Erfurter Kirchentag bringt dies überzeugend zum Ausdruck:

»Gott ist unter uns und kämpft | um wachsendes Verständnis zwischen uns, | um die Erneuerung seiner Kirche, | um die Bewahrung seiner Schöpfung, | um den Frieden der Welt, | um das Heil jedes einzelnen Menschen. | Da, wo er kämpft, will er uns ins Vertrauen ziehen. | Im Wagnis des Vertrauens werden wir erfahren, | dass Gott verlässlich ist.«

1

Ludwig Blendinger, Jg. 1922, Tierarzt, 1948–82 Tierarzt in Nennslingen, zur gleichen Zeit Kirchenvorsteher, 1963–78 Mitglied der bayerischen Landessynode, 1980–86 Präsident der VELKD-Generalsynode.

2

Karlheinz Schmale, Jg. 1933, evangelischer Theologe, seit 1970 Generalsekretär der Gemeinschaft Evangelisch-Lutherischer Kirchen im südlichen Afrika, 1974–77 Vizepräsident des Südafrikanischen Kirchenrates, 1977–96 Leiter des Berliner Büros des Deutschen Nationalkomitees des Lutherischen Weltbundes und Mitglied der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands, 1985–96 Mitglied im Vorstand des Martin-Luther-Bundes.

3

Sieghilde von Hoerschelmann, Jg. 1937, Buchhändlerin, seit Anfang der 1980er-Jahre Mitglied der Generalsynode und der Kirchenleitung der VELKD, 1984–90 Mitglied des Exekutivkomitees des Lutherischen Weltbundes, kam regelmäßig mit Vertretern ostdeutscher Kirchengemeinden der VELK in Ostberlin zusammen.

4

Hans-Rolf Dräger, Jg. 1919, Lehrer, 1959–85 Rektor der Theodor-Heuss-Schule in Kiel, seit 1972 Präsident der Schleswig-Holsteinischen Landessynode, seit 1977 Präsident der Synode der Nordelbischen Kirche, 1974–79 Vorsitzender des bildungspolitischen Ausschusses der Evangelischen Kirche in Deutschland.

5

Dieter Knall, Jg. 1930, evangelischer Theologe, 1957–63 Gemeindepfarrer in Stainz (Steiermark), 1963–65 Gemeindepfarrer in Bruck an der Mur, 1976–83 Superintendent, 1983–95 Bischof der Evangelischen Kirche Augsburgischen Bekenntnisses in Österreich.

6

Rudolf Kostial, Jg. 1913, evangelischer Theologe, 1940–45 Gemeindepfarrer der Slowakischen Evangelischen Kirche Augsburgischen Bekenntnisses in Hrušove, 1945–47 Gemeindepfarrer in Bratislava und Myslenice, 1947–56 Gemeindepfarrer in Prag, 1956–69 Gemeindepfarrer in Skalica und 1969–91 Gemeindepfarrer in Zvolen, seit 1969 Bischof des westlichen Bezirks der evangelischen Kirchen in der Slowakei.

7

Hans-Jürgen Röder, Jg. 1946, Journalist, seit 1975 Redakteur der Westberliner Zeitschrift »Kirche im Sozialismus«, seit 1979 als Korrespondent für den Evangelischen Pressedienst in der DDR akkreditiert.

8

Hartmut Jennerjahn, Jg. 1944, Journalist, 1980–88 als Korrespondent der dpa in der DDR akkreditiert.

9

Der 1947 im schwedischen Lund gegründete Lutherische Weltbund mit Sitz in Genf vereint 145 evangelische Kirchen in 99 Ländern. Der Bund engagiert sich in der Not- und Katastrophenhilfe und fördert die interreligiösen Beziehungen. Im Jahr 1983 hatte der Tansanier Josiah M. Kibira das Amt des Generalsekretärs inne.

10

Werner Leich, Jg. 1927, evangelischer Theologe, 1978–92 Landesbischof der Evangelisch-Lutherischen Kirche Thüringen, 1980–83 Vorsitzender des kirchlichen Lutherkomitees zum Lutherjahr 1983, 1986–90 Vorsitzender der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in

der DDR.

11

Das Pfarrerdienstgesetz des BEK vom 28.9.1982 regelt die Dienstpflichten der Pfarrer gegenüber der Kirchengemeinde oder Landeskirche im Rahmen des Selbstbestimmungsrechts der Kirchen. Es enthält u. a. Festlegungen zur politischen Betätigung, zu Eheangelegenheiten, zur Freizügigkeit und Versetzung sowie zu den Verwaltungspflichten des Pfarrers. Das Gesetz wurde mit einzelnen Ergänzungen von allen Gliedkirchen übernommen. Siehe Mitteilungsblatt des BEK, 1983, S. 2 ff. und Amtsblatt der EKD, Heft 3, 1984, S. 110–122.

12

Erich Honecker, Jg. 1912, SED-Funktionär, 1958–89 Mitglied des Politbüros, seit 1971 Erster Sekretär, seit 1976 Generalsekretär der SED, 1971–89 Vorsitzender des Nationalen Verteidigungsrates, 1976–89 Vorsitzender des Staatsrates.

13

Hans-Jochen Vogel, Jg. 1926, SPD-Politiker, 1960–72 Oberbürgermeister von München, 1972–81 und 1983–94 Mitglied des Deutschen Bundestages und 1983–91 Fraktionsvorsitzender, 1987–91 Parteivorsitzender der SPD.

14

Der Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion und Oppositionsführer im Bundestag Hans-Jochen Vogel traf am 28.5.1983 mit Erich Honecker im Jagdschloss Hubertusstock am Werbellinsee zusammen. Bis 1989 suchte Vogel acht Mal das Gespräch mit dem SED-Chef. Ziel der Treffen war die Verbesserung der deutsch-deutschen Beziehung, wobei Vogel stets abgestimmt mit der christlich-liberalen Bundesregierung handelte. Dabei soll der SPD-Chef auch auf politisch brisante Themen wie dem Grenzregime oder die Lage der politischen Häftlinge eingegangen sein. Vgl. Amos, Heike: Die SED-Deutschlandpolitik 1961 bis 1989. Ziele, Aktivitäten und Konflikte. Göttingen 2015, S. 544–548.

15

Das »Wort vom Kirchentag zur Friedensfrage« wurde während der Hauptversammlung des Kirchentages auf dem Domplatz in Erfurt am 18.5.1983 verabschiedet. Das Dokument ist abgelegt unter: Landeskirchenarchiv Eisenach, Landeskirchentag/Landessynode, Nr. R 212.

16

Leich spielt hier auf den Konflikt der Thüringer Kirchenleitung mit Vertretern der Jungen Gemeinde in Jena an. Diese hatten dem Thüringer Landesbischof Leich im Februar 1983 in einem offenen Brief mangelnde Solidarität vorgeworfen. Hintergrund war eine Schweigeminute für Abrüstung gewesen, die etwa 20 Jugendliche ohne Abstimmung mit der Kirchenleitung an Heiligabend 1982 vor der Jenaer Friedenskirche veranstalten wollten. Der Staat ließ die Versammlung durch den Einsatz von 200 Polizisten auflösen und zwölf Teilnehmer des Schweigeprotests inhaftieren. Erst durch die große Aufmerksamkeit westlicher Medien kamen die Betroffenen Ende Februar 1983 wieder auf freien Fuß. Als Reaktion auf den Protestbrief distanzierte sich die Kirchenleitung in einem Rundschreiben an alle Pfarrämter von den aus ihrer Sicht falschen Behauptungen der Verfasser. Eine Presseerklärung stellte klar, dass es an Weihnachten 1982 »im Bereich der Stadt Jena keinerlei Aktivitäten außerhalb von Kirchen und Gemeinderäumen gegeben [hatte], die von der Kirche zu verantworten waren«. Auf einem kurzfristig anberaumten Superintendentenkonvent am 22.2.1983 zeigten sich die Anwesenden über die Aussagen des Briefes empört und betonten, dass sie nicht in der Lage seien, für sämtliche Aktionen von Jugendgruppen in ihren Kirchenkreisen einzustehen. Am 1.3.1983 fand zwischen den Initiatoren der Schweigeminute und der Thüringer Kirchenleitung ein klärendes Gespräch statt. Landesbischof Leich bat die Jugendlichen eindringlich, auf weitere unabhängige Aktionen zu verzichten, da andernfalls die gesamte Friedensarbeit der Kirche gefährdet sei. Die Akteure interpretierten diese Zusammenkunft als endgültigen Beweis für die fehlende Unterstützung durch die Amtskirche und riefen daraufhin Mitte März die unabhängige »Friedensgemeinschaft Jena« ins Leben. Vgl. Brief 18 Junger Christen aus Saalfeld und Rudolstadt. In: FAZ v. 17.2.1983; Pietzsch, Henning: Jugend zwischen Kirche und Staat. Geschichte der kirchlichen Jugendarbeit in Jena 1970–1989. Köln 2005, S. 211.

17

Johannes Hempel, Jg. 1929, evangelischer Theologe, 1972–94 Landesbischof der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Sachsens, 1981–86 Leitender Bischof der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche in der DDR, 1982–86 Vorsitzender der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen.

18

Der Bericht beginnt im Original mit II.

19

Martin Luther, Jg. 1483, Augustinermönch, Theologieprofessor und Kirchenreformer, seine an der göttlichen Gnade, der individuellen Gewissensfreiheit, der Figur Jesus Christus und der Bibel ausgerichtete Kirchenlehre forderte die geltenden kirchlichen Praktiken und Dogmen heraus, schuf ein neues Verständnis der Sakramente und der Liturgie und löste Mitte des 16. Jahrhunderts eine europaweite kirchliche Erneuerungsbewegung (Reformation) aus, die zur Spaltung des westlichen Christentums in verschiedene Konfessionen führte.

20

Luther, Martin: Von weltlicher Obrigkeit: Wie weit man ihr Gehorsam schuldig sei. In: Aland, Kurt (Hg.): Die Werke Martin Luthers. In neuer Auswahl für die Gegenwart. Bd. 7: Martin Luther. Der Christ in der Welt. Göttingen 1967, S. 9–51.

